

# „Und schließlich sagte man ihr, sie sei zu alt“

## Bewegende Aussagen von Teilnehmern des Thüringer Arbeitslosenparlaments

**Die Tagung des Thüringer Arbeitslosenparlaments am 5. September im Erfurter Landtag, an der 180 Menschen teilgenommen haben - so viele wie noch nie -, „hat mich stark beeindruckt“, sagte Ina Leukefeld, arbeitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.**

Die Erwerbslosen hatten den Kandidatinnen und Kandidaten für den Deutschen Bundestag aus verschiedenen Parteien, für die LINKE Anke Hofmann-Domke, ihre Fragen gestellt „und brachten zugleich unmissverständlich ihre Meinung ein“, so die Abgeordnete weiter.

Dabei sei es vor allem um Maßnahmen zur Verhinderung von Altersarmut und mehr Möglichkeiten für öffentlich geförderte Beschäftigung gegangen. Auch das Thema armutsfeste soziale Grundsicherung ohne Sanktionen habe eine Rolle gespielt.

### Gemeinsame Erklärung einstimmig verabschiedet

Mit Verweis auf die Ausführungen von Heike Werner, Ministerin für Arbeit und Soziales (LINKE), vor dem Arbeitslosenparlament betonte Ina Leukefeld: „Die Ministerin hat sehr konkret zu den bisher erreichten Ergebnissen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik unter Rot-Rot-Grün in Thüringen gesprochen und viel Zustimmung gefunden. Die Gäste von Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen aus anderen Bundesländern äußerten sich beeindruckt und machten deutlich, dass Thüringen be-

weise, Veränderungen sind möglich, wenn es Mehrheiten für eine andere Politik gibt.“ Bewegt hat die LINKE-Politikerin auch die Aussage einer Teilnehmerin, die gleich nach der Wende arbeitslos geworden war. Erst habe es geheißt, ihre Kinder seien zu klein, dann, sie sei zu lange aus dem Arbeits-

werbslose. Dazu gehört auch die Notwendigkeit einer Umverteilung des Reichtums in der Gesellschaft“, so Ina Leukefeld.

### Für den Aktiv-Passiv-Transfer

In ihrem ausführlichen Redebeitrag



leben raus. Schließlich sagte man, sie sei zu alt. Erst jetzt habe sie durch die öffentliche geförderte Beschäftigung die Chance bekommen, wieder einer Arbeit nachgehen zu können. Dafür sei sie sehr dankbar.

In einer gemeinsamen Erklärung, die einstimmig verabschiedet wurde, forderten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Erhöhung des Regelsatzes bei Hartz IV, die Einführung einer Kindergrundsicherung in Höhe von 500 Euro, eine realistische Arbeitsmarktsstatistik, ein Programm für öffentlich geförderte Beschäftigung durch den Bund nach dem Thüringer Beispiel und eine gerechte Steuerpolitik, um das finanzieren zu können.

„Diese Forderungen bestärken die LINKE in ihrem Bemühen um eine ehrliche Politik für Beschäftigte und Er-

hatte Ministerin Heike Werner auf die vergleichsweise geringe Arbeitslosenquote verwiesen, die allerdings erkaufte sei durch Niedriglohn und Leiharbeit. Die Arbeitsmarktpolitik gehöre zu den Schwerpunkten der Landesregierung. Notwendig seien mehr Möglichkeiten für langzeitarbeitslose Menschen, die ihnen sinnvolle, längerfristige und existenzsichernde Arbeit bieten. So engagiert sich die Ministerin für den sogenannten Aktiv-Passiv-Transfer, mit dem Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert wird, indem alle Geldmittel, die ein Hartz-IV-Empfänger erhält, zusammengefasst werden.

Leider fehle die Unterstützung durch die Bundesebene, aber Thüringen habe damit begonnen und stelle jährlich 7,5 Millionen Euro für entsprechende Projekte zur Verfügung.

## VON A BIS Z:

### Elektrifizierung

Auf die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung Weimar-Gera-Gößnitz - ihre Finanzierung und den Zeitplan - haben sich am 13. September Ministerpräsident Bodo Ramelow und Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt verständigt. Ramelow sagte, dass sich Thüringen damit zu einem „Bahnknoten der Superlative“ entwickle.

Dr. Gudrun Lukin, Sprecherin für Verkehrspolitik der Linksfraktion, wies darauf hin, dass Thüringen vorausschauend im Haushalt notwendige Mittel in Millionenhöhe für Vorbereitungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt habe. „Das Projekt schafft die Voraussetzungen für möglichen Fernverkehr auf der Mitte-Deutschland-Verbindung, eine wesentlich bessere Anbindung Jena an die Städtekette in Richtung Erfurt/Gera und ist zudem ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz.“ Langfristig könne sich auch der Bahnhof Jena-Göschwitz zu einer wichtigen Umsteigerrelation entwickeln.

„Nun geht es auch darum, weitere Strecken, wie Gotha-Leinefelde, in ein vordringliches Elektrifizierungsprogramm aufzunehmen. Es stünde der zukünftigen Bundesregierung gut zu Gesicht, wenn sich Bund und Bahn auf ein großflächiges Elektrifizierungsprogramm verständigen könnten. Das gilt auch für die verstärkte Förderung von Straßenbahnen und E-Bussen in Kommunen. Sie sind der Schlüssel für eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur“, sagte Gudrun Lukin.

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die nächsten planmäßigen Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden statt (jeweils Mittwoch bis Freitag) in der Zeit vom 27. bis 29. September und vom 1. bis 3. November sowie von Dienstag, den 12., bis Freitag, den 15. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Über die Aktivitäten der Linksfraktion immer auf dem Laufenden im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Tierhaltung

Zu einem Fachtag zum Thema „Artgerechte Tierhaltung“ lädt die Fraktion DIE LINKE am Dienstag, den 17. Oktober, in der Zeit von 11 bis 16.30 Uhr in den Thüringer Landtag ein (Raum F 201). Dazu die agrarpolitische Sprecherin der Fraktion, Dr. Johanna Scheringer-Wright: „Wir möchten mit diesem Fachgespräch Möglichkeiten alternativer Tierhaltung vorstellen lassen und diese zur Diskussion stellen. Dazu haben wir kompetente Referenten eingeladen. Diese Vorschläge wollen wir mit Thüringer landwirtschaftlichen Akteuren und Bauern diskutieren. Wir möchten im Ergebnis dieses Fachgesprächs Anregungen für unsere politische Arbeit sammeln, um uns mit konkreten Forderungen einzubringen.“

## Klagerecht

„Wir brauchen in Deutschland endlich ein kollektives Klagerecht“, so der Thüringer Verbraucherschutzminister Dieter Lauinger angesichts der weiterhin großen Verunsicherung der Betroffenen des Dieselskandals. Doch während europaweit der kollektive Rechtsschutz gestärkt wird, bleibt die Bundesregierung untätig und bringt nach wie vor keinen Gesetzentwurf zur kollektiven Rechtsetzung auf den Weg.

„Nach jetziger Rechtslage müssen sie sich jeweils einzeln gegen die Methoden der Autokonzerne wehren, wenn sie sich nicht auf Geschäftsmodelle privater Anwaltskanzleien einlassen möchten. Ein kollektives Klagerecht würde ihnen sehr helfen.“

## Kindergipfel

Auf dem sechsten Thüringer Kindergipfel in Weimar, dessen Motto in diesem Jahr lautete „Kinder reden – Erwachsene hören zu“, haben drei Tage lang rund 100 Kinder im Alter von zehn bis 16 Jahren über Thüringens Zukunft diskutiert. Am 16. September, dem Abschlussstag, übergaben sie einen Zukunftsvertrag an den Thüringer Bildungsminister Helmut Holter (LINKE). Darin erläutern sie, wie sie sich ein zukunftsfähiges Thüringen vorstellen. Die Kinder fordern unter anderem, dass sie auf Landes- und Bundesebene ab 16 Jahren und auf Bundesebene ab 17 Jahren wählen dürfen. Weitere Themen waren Umweltschutz, modernere Unterrichtsmaterialien in Thüringer Schulen und mehr Tierschutz.